

Riesener Tageblatt

Kreisamtsschrift
Zeitung Blatt Wieso.
General Nr. 20.
Bettisch Nr. 13.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Staatsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Rentamtbezirks Meißen bestimmtste Zeitungsblatt.

Wolfsburg
Dresden 1580
Groschaffel
Wiese Nr. 44

K6 199

Freitag, 26. August 1997 abends

80. *Sabre*

www.orientalbazaar.com

Die Tagung der Interparlamentarischen Union

Gin erster Zwischenfall

zu Berlin. Die gestrige Nachmittagssitzung der Interparlamentarischen Union führte zu einem ernsten Zwischenfall, der als noch nicht abgeschlossen zu betrachten ist.

Seine Ausführungen, die von Beifallstürmen auf den Bänken der Polen unterbrochen wurden, wurden von den deutschen Parlamentariern mit lebhaftem Hört! Hört! und mit den Worten Unerhörte! beantwortet.

Nach de Jouvenel betrat der deutsche Senator Heller aus der Tschechoslowakei die Tribüne und erklärte, es sei für jeden Deutschen schmerzlich gewesen, die Ausführungen de Jouvenels anzuhören, die sicherlich nicht der Gemeinschaftsarbeit in der Interparlamentarischen Union nützlich sein werde. Heute wolle ein deutsches Delegationsmitglied de Jouvenel antworten.

Die deutschen Parlamentare zur Jubiläums-Rede.

Paris. Wie die Telegraphen-Union erfährt, betrachten die deutschen Parlamentarier die Aufführungen de Jouvenels als einen schweren Schlag gegen die von Briand erfolgte Verständigungspolitik. Die deutschen Parlamentarier werden in ihrer Antwortrede zum Ausdruck bringen, daß die Stresemann-Briandische Verständigungspolitik auf wesentlich anderer Grundlage aufgebaut ist, als die Aufführungen de Jouvenels, die man in französischen politischen Kreisen auf die Vermutung ausübt, daß Poincaré gern de Jouvenel als Nachfolger Briands in seinem Kabinett läßt.

Erklärungen Löbes über seine Pariser Rede

Pariser Verträge des W.T.O. folgende Erklärungen: „Ich bin in meinen Ausführungen ausgegangen von der Umstellung der Reparationsfrage aus der Unmöglichkeit der Sanktionen und Gewaltsmaßnahmen auf die der friedlichen, wirtschaftlichen und schiedsgerichtlichen Verständigung. Die Welt hat diese Wendung als Anfang einer veröhrnlichen Lösung der noch ausstehenden Streitfragen, begrüßt. Heute belegt man, wenn nicht einen Rückslag, so doch einen Stillstand dieser Entwicklung. Die Gründe für diesen Stillstand sind einmal das Wühlen in alten Wunden und das Hervorholen früherer Sünden, sowie die Heimlichkeit der Diplomatie und die militärischen Vorbereitungen, die das Misstrauen wecken. Es fehlt in unseren Tagen an dem großen Zug freiwilligen Entgegenkommens, der bewingt und überwältigt, der durch Offenheit und Ehrlichkeit und Vertrauen die Völker zur Nachahmung anregt. Als solche würde ich es ansehen, wenn Frankreich zu Deutschland sagte: Vom 1. Januar 1928 an sieht kein französischer Soldat mehr auf deutschem Boden, oder wenn Deutschland zu Frankreich sagen würde: Wir erklären offen, daß wir auf keine Vermehrung unserer Heeresstärke verzichten, weil ja die deutsche Ausrüstung der Anfang der allgemeinen Ausrüstung sein soll. Einen solchen Schritt würde ich sehen darin, wenn England oder Amerika trotz des Scheiterns der Ausrüstungsverhandlungen von sich aus erklären: Wir werden unsere Rüstungen um 20 Prozent vermindern und dadurch ein weithin leuchtendes Beispiel geben. Wir rufen nach dem Staatsmann, der einen solchen fühnen Schritt wagt, auch gegenüber dem Misstrauen bei seinem eigenen Volke.“

Die Rheinlandbesetzung.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ behauptet, die englische Regierung verlange eine wesentliche Herabsetzung der Besatzungstruppen im Rheinland und zwar im Verhältnis der Zahl der im Rheinland anwesenden britischen und französischen Truppen. Die Frage der französischen Sicherheit sei eine besondere Frage, deren Verknüpfung mit der Frage der Truppenverminderung im Rheinland weder durch den Versailler Vertrag noch durch den Locarnopakt geacht fertigt sei.

dem Drängen Stresemanns in der Rheinlandfrage entziehen können, aber Austen Chamberlain habe sich dazu verleiten lassen, den Deutschen einen Sitz in der Mandatikommission zu versprechen. Deshalb sei es das beste, wenn es vorher zu einer Verständigung zwischen Frankreich

Erklärung der nationalen Winderbeiten in Deutschland

Genf. Die Minderheitengruppen, die sich von dem in Genf stattfindenden europäischen Minderheitenkongress ausgeschlossen haben, veröffentlichten eine Erklärung, in der es u. a. heißt: Angesichts des scharf ausgeprägten einseitigen politischen Charakters des Kongresses sieht sich der Verband der nationalen Minderheiten in Deutschland gezwungen, aus dem Kongress auszuscheiden und eine abwartende Haltung einzunehmen. Sämtliche polnischen Gruppen haben sich mit dem Verband der Minderheiten in Deutschland solidarisch erklärt. Dem Beispiel der dänischen und polnischen Minderheiten folgend, haben auch die übrigen slawischen Gruppen den Sitzungssaal verlassen. Sämtliche oben erwähnte Gruppen haben festgestellt, daß sich ihre Haltung in keiner Weise gegen die Person des Kongreßvorsitzenden richtet, der nach wie vor das volle Vertrauen genieße. Diese Gruppen haben einstimmig beschlossen, sich auch in Zukunft von denselben Ideen leiten zu lassen, die sie seit dem ersten Kongres verbinden und ihre Aufgabe, die Verteidigung der Rechte der Minderheiten mutig zu verfolgen.